

## Medienmitteilung vom 28. August 2021 der JSVP Uri

### Flyer-Aktion der Junge SVP Uri hinsichtlich Bekämpfung des Stimmrechtsalter 16

In der Politik gehört es sich dazu, dass man die Bevölkerung transparent über eine Vorlage informiert und dass eine Meinungsbildung vorgenommen werden kann. Aus diesem Grund verteilte die JSVP Uri heute in Altdorf zahlreiche Flyer an die Urner Bevölkerung.

Wie bereits vor 12 Jahren, bekämpft auch diesmal die Jungpartei dieses linke Anliegen. Im Jahr 2009 lehnten die Urnerinnen und Urner die Juso-Initiative wuchtig mit 79.9 Prozent ab. Obwohl in der Welt sich einiges verändert hat, bleiben die Argumente dieselben. Die meisten Jugendlichen haben leider kein Interesse an der Politik, da andere Interessen wie Hobby oder Ausbildung vorgehen. Zudem fehlt ihnen wegen der fehlenden politischen Bildung das nötige Verständnis für das Spannungsfeld Politik – Gesellschaft – Wirtschaft. Deshalb ist es wichtig, dass man den jungen Leuten in der beruflichen Grundbildung und allgemeinbildenden Schulen die Politik näherbringt, damit sie bei der Volljährigkeit die Motivation und der Wille haben, abstimmen zu gehen. Dank dem Reifungsprozess im Alter und den gesammelten Lebenserfahrungen ist man danach bereit, um pflichtbewusst und überlegt das grosse Privileg «abstimmen» wahrzunehmen. Zahlreiche Statistiken belegen, dass die Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren mit Abstand die geringste verglichen mit anderen Altersgruppen ist. Bei den letzten nationalen Wahlen lag die Wahlbeteiligung gerade bei dieser Gruppe bei mickrigen 30 Prozenten. Erschreckend ist leider auch, dass fast 80% der jungen Erwachsenen innerhalb der letzten vier Jahren nur mindestens einmal abgestimmt haben. Wer nun denkt, dass das Interesse an der Politik seit den letzten Jahren wegen den Themen des Klimawandels oder der Corona-Massnahmen angestiegen sei, irrt sich leider. Die beiden derzeitigen Hypes lösten leider kein Beteiligungsboom bei den jungen aus – ganz im Gegenteil. Das Ziel der Politik sollte in naher Zukunft sein, wie die Zielgruppe 18 bis 30 Jahren an die Urne geholt werden können, weil sie früher oder später Themen wie Altersvorsorge und Migrationspolitik ausbaden müssen.

